

Offener Brief an die Partei- und Fraktionsführungen von CDU und SPD in Frankfurt:

**Wehren Sie sich endlich gegen die Frankfurt belastende Asyl- und Flüchtlingspolitik der schwarz-roten Merkel-Regierung!**

*Sehr geehrter Herr CDU-Vorsitzender Becker,  
sehr geehrter Herr CDU-Fraktionsvorsitzender Löwenstein  
sehr geehrter Herr SPD-Vorsitzender Josef,  
sehr geehrter Herr SPD-Fraktionsvorsitzender Oesterling,*

die unverantwortliche Politik der offenen Grenze und der massenhaften Einwanderung von Asylbewerbern und realen wie selbsternannten Flüchtlingen nach Deutschland ist faktisch gescheitert und isoliert unser Land in Europa. Da die schwarz-rote Bundesregierung in Berlin offenbar aus dieser Tatsache nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen will oder kann, sind nun die Städte und Gemeinden aufgefordert, sich endlich gegen die immer größeren Belastungen aus diesem politischen Versagen entschieden zu wehren.

Als örtliche Repräsentanten der in der Bundesregierung vertretenen Parteien haben Sie eine besondere Verantwortung dafür, sich nicht länger zum willfährigen Vollstrecker einer falschen und schädlichen Politik machen zu lassen, die auf zudem auf äußerst fragwürdigen verfassungsrechtlichen Grundlagen beruht. Die Folgen dieser Politik sind auch für Frankfurt schwerwiegend: Sport- und Turnhallen sind für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Beschlag genommen worden, an allen Ecken und Enden der Stadt werden immer größere Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen auf die verschiedenste Weise untergebracht – ein Ende ist nicht absehbar.

Das ist für alle Seiten, nicht zuletzt für die Asylbewerber und Flüchtlinge, eine unbefriedigende, spannungsreiche und

perspektivlose Situation. Auch wenn der Bund und das Land einen Gutteil der Kosten für die notwendigen enormen Aufwendungen zumindest einstweilen tragen, leben die vielen fremden Menschen doch in Frankfurt und beanspruchen hier vielerlei Dienste und Anstrengungen seitens der Stadt.

Frankfurt als wohlhabende Kommune mag das noch längere Zeit leisten. Doch das bedingt die Vernachlässigung anderer Aufgaben für die einheimischen Bürgerinnen und Bürger. Diese Verhältnisse werden auf längere Dauer von diesen Bürgern nur dann akzeptiert, wenn es sich beim Großteil der Asylbewerber und Flüchtlinge tatsächlich um Menschen in akuter Not handelt, die auf unsere Hilfe angewiesen sind und denen zu helfen wir in Frankfurt auch sittlich verpflichtet sind.

Doch daran gibt es immer größere Zweifel. Die Politik der offenen oder fast offenen Grenze lädt zu viele ein, nach Deutschland zu kommen, die hier keine Chance auf Asyl haben und auch keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sind. Diese falsche Politik lädt auch diejenigen ein, die nicht bereit sind, die Gesetze und Sitten unserer Gesellschaft zu respektieren. Gerade wer das Grundrecht auf politisches Asyl oder die Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention bewahren will, muss jeglichen Missbrauch verhindern und möglichst bereits an den Staatsgrenzen unterbinden.

Wenn die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD dazu nicht fähig oder nicht willens ist, haben die Städte und Gemeinden, die konkret die Hauptlast aus diesem politischen Versagen zu tragen haben, die Pflicht, im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger dagegen zu protestieren. Dabei haben Parteizugehörigkeiten und Parteiloyalitäten zurück zu stehen. Als aktive langjährige Stadtpolitiker der Berliner Regierungsparteien CDU und SPD in

Frankfurt sind Sie in der Pflicht, entsprechend tätig zu werden und Ihre Stimme klar und deutlich zu erheben. Handeln Sie endlich!

Patrick Schenk  
BFF-Vorsitzender

Wolfgang Hübner  
BFF-Fraktionsvorsitzender